

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 14. Juni 2000

1006. Schriftliche Anfrage von Dr. Arthur Bernet betreffend Projekt KLEVER, Zusammenfassung von Kreiskommando, Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und Sanität in einer neuen Dienstabteilung.

Am 1. März 2000 reichte Gemeinderat Dr. Arthur Bernet (SVP) folgende Schriftliche Anfrage GR Nr. 2000/98 ein:

Der Stadtrat hat anscheinend auf Antrag der Vorsteherin des Polizeidepartements beschlossen, im Rahmen des Projektes KLEVER Kreiskommando, Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und Polizeirichteramt in einer neuen Dienstabteilung zusammenzufassen. In diesem Zusammenhang stellen sich unter anderem die folgenden Fragen:

1. Trifft es zu, dass die Umsetzung der neuen Struktur bereits auf den 1. Juli 2000 geplant ist?
2. Ist nicht zu erwarten, dass eine Reorganisation auf diesen Zeitpunkt nachträglich durch die Armee-/Zivilschutzreform 2000.X wieder in Frage gestellt wird?
3. Wie gross ist die zu erwartende Einsparung dank der Zusammenlegung der Zentralen Dienste?
4. Wie gross ist die zu erwartende Einsparung dank der geplanten Übernahme der EDV durch die OIZ?
5. Ist im Hinblick darauf bereits ein Personaleinstellungsstopp in Kraft?
6. Sind die EDV-Plattformen kompatibel?
7. Bis wann ist voraussichtlich dieses Rationalisierungspotenzial ausgeschöpft?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Am 27. August 1999 beschloss der Stadtrat, eine «Kleine Verwaltungsreorganisation» durchzuführen. Eines der vier darin behandelten Projekte ist die Bündelung der Schutz- und Rettungsdienste (Bevölkerungsschutz, Feuerwehr, Kreiskommando und Sanität) in einer neuen Dienstabteilung des Polizeidepartements. Das Polizeirichteramt wird nicht integriert.

Die Hauptzielsetzungen wurden wie folgt definiert:

- Entwicklung einer neuen Aufbauorganisation mit ausgewogenen Führungsbereichen; ein Dienstchef, keine zusätzlichen Hierarchiestufen;
- Vorwegnahme zu erwartender Entwicklungen, Optimierung von Prozessen/Teilprozessen und bessere Nutzung der vorhandenen Infrastruktur als Beitrag zu einem ausgeglichenen Budget der Stadt Zürich;
- Definition von Schnittstellen zur Sicherstellung reibungsloser und effektiver Prozessketten;
- Umsetzung per 1. Januar 2001 in verkraftbaren Schritten.

Zu Frage 1: Die Umsetzung in die neuen Strukturen erfolgt in zwei Phasen. Die Sanität wird per 1. Oktober 2000 ins Polizeidepartement überführt. Die Dienstabteilung «Schutz und Rettung» wird auf den 1. Januar 2001 gebildet.

Zu Frage 2: Die Armee reform XXI und die Reform des Bevölkerungsschutzes dürften frühestens ab dem Jahr 2003 greifen. Die Dienstabteilung Schutz und Rettung trägt diesen Reformen Rech-

nung. Das Projekt KLEVER berücksichtigt die heute bekannten Entwicklungen auf Stufe Bund. So ist beispielsweise geplant, die Rekrutierung inskünftig für Armee und Bevölkerungsschutz gemeinsam durchzuführen. Durch die Zusammenlegung von Schutz und Rettung in der Brandwache vis-à-vis dem Aushebungsstandort Sportanlage Sihlhölzli werden auch örtliche Synergien genutzt.

Zu Frage 3: Der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung kommt im Projekt besondere Bedeutung zu, nachdem die Reorganisation auch als Beitrag zum Legislaturziel Nr. 1 erfolgt.

Gemäss dem Projektbericht sind für die gesamte Reorganisation in den Jahren 2000 und 2001 Mehraufwendungen von etwa Fr. 1 336 000.– und Fr. 525 000.– zu erwarten. Für die Folgejahre wurden Einsparungen von jährlich Fr. 1 400 000.– ermittelt.

Zu Frage 4: Die Einsparungen im Bereich EDV sind in der Beantwortung der Frage 3 enthalten.

Zu Frage 5: Der Stadtrat hat beim Start des Projektes KLEVER vorgegeben, dass keine Personalentlassungen vorgesehen sind, jedoch Arbeitsplatzveränderungen erforderlich werden. Im Projektteam, das sich mit den personellen Veränderungen befasst, arbeiten die drei Dienstchefs und der Chef der Sanität mit. Bei natürlichen Abgängen wird vorgängig kritisch das Erfordernis einer Neubesetzung abgeklärt. Stellenbesetzungen erfolgen nur für Spezialaufgaben.

Zu Frage 6: Die zusammenzuführenden Bereiche arbeiten heute mit unterschiedlichen Software-Generationen. Ein effizientes Zusammenarbeiten bedingt, dass eine einheitliche Informatik-Infrastruktur geschaffen wird. Diese wurde mit der OIZ abgesprochen und ist in den Projektkosten enthalten.

Zu Frage 7: Das in den nächsten Jahren zu erwartende Rationalisierungspotenzial ist in der Beantwortung der Frage 3 ausgewiesen. Synergiefelder sind nicht nur im Rahmen eines einmaligen Reorganisationsprojektes zu bearbeiten. Die Synergienutzung ist vielmehr als Daueraufgabe der Führung zu verstehen.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Martin Brunner